**Einführung**

Die Persönlichkeit und ihre psychophysiologischen Besonderheiten stehen im Mittelpunkt des russischen Strafrechts. Es ist wichtig, die typischen psychischen Defekte zu berücksichtigen, die oft einen entscheidenden Einfluss auf das Verhalten einer Person haben können und dementsprechend die Begehung von Verbrechen direkt verursachen. Diese Ideen wurden im Art. 97 des Strafgesetzbuches der Russischen Föderation (StGB RF) in einer Form der Gründe für die Anwendung von Zwangsmaßnahmen medizinischer Natur und Begriffe wie „Wahnsinn“, „psychische Störung“ und „Störung der sexuellen Vorlieben (Pädophilie)“ anerkannt.

Der Schwerpunkt dieser Arbeit liegt auf den Aspekten der Anwendung medizinischer Zwangsmaßnahmen gegen Personen, die an psychischen und sexuellen Störungen leiden. Mit anderen Worten, es wird eine vielseitige Analyse der Absätze „a“, „b“, „d“ Teil 1 Art. 97 der StGB RF durchgeführt.

**Die Geschichte der Entwicklung des Instituts von Zwangsmaßnahmen medizinischer Natur in der heimischen Gesetzgebung**

Zum ersten Mal erscheinen Normen über psychisch kranke Menschen in der Gesetzgebung der Ära vom Zaren Vladimir Monomakh: Dokumente aus dem XII. Jahrhundert festigen den Begriff der „dämonischen Zeugen“. Aber die erste Norm über die erzwungene Behandlung solcher Verbrecher wurde als Teil des Gesetzesblatts vom 1832 eingeführt. Die Regel gilt für Personen, die den Mord „in einem Zustand des Wahnsinns“ begangen haben und den Inhalt in der medizinischen Organisation vorsehen.

Art. 202 der Strafprozessordnung vom 1922 sah die Möglichkeit „der Unterbringung des Angeklagten“ zur Beobachtung in der entsprechenden medizinischen Einrichtung auf Anordnung des Gerichts vor, „wenn die in dem Fall verfügbaren Daten für das Urteil über den psychischen Zustand des Angeklagten unzureichend sind“.

Im Art. 11 des Strafgesetzbuchs der RSFSR vom 1960 wurde das Konzept der Verwirrung als ein Zustand gefestigt, „in dem eine Person aufgrund einer chronischen Geisteskrankheit nicht in der Lage ist, sich ihrer Handlungen bewusst zu sein oder sie zu leiten“. Leider ist diese Vorschrift in der Sowjetunion zu einem Mechanismus politischer Repressionen geworden. Es geht um politischen Missbrauch der Psychiatrie oder „Strafpsychotherapie“, also die falsche Verwendung der psychiatrischen Diagnose, Behandlung und Inhaftierung in einem psychiatrischen Krankenhaus, um missbräuchliche Machtverhältnisse zu beseitigen.

Erst im Jahr 1992 wurde in Russland das Gesetz „Über die psychiatrische Hilfe und Garantien der Rechte der Bürger bei ihrer Bereitstellung“ vom 02.07.1992 № 3185-1 verabschiedet. Sein Art. 10 erklärt, dass die Diagnose einer psychischen Störung nicht nur auf der Meinungsverschiedenheit des Bürgers mit den in der Gesellschaft akzeptierten moralischen, kulturellen, politischen oder religiösen Werten oder auf anderen Gründen beruhen kann, die nicht direkt mit dem Zustand seiner psychischen Gesundheit verbunden sind.

**Geltende Gesetzgebung über** **Zwangsmaßnahmen medizinischer Natur**

Die Ziele der Zwangsmaßnahmen medizinischer Natur sind im Art. 98 des StGB RF definiert und sind 1) Heilung oder Verbesserung des psychischen Zustandes der genannten Personen, 2) sowie die Verhinderung der Begehung von ihnen durch das Strafrecht für sozial gefährliche Handlungen vorgesehen. Daraus folgt, dass das Institut für medizinische Maßnahmen sowohl auf die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit als auch auf die Unterstützung einer einzelnen Person, die an einer psychischen Störung leidet, abzielt. Dies liegt an der bilateralen Natur der Zwangsmaßnahmen medizinischer Natur – rechtlichen und medizinischen. Aus unserer Sicht muss bei der Anwendung von Zwangsmaßnahmen medizinischer Natur ein Gleichgewicht zwischen öffentlichem und Privatem eingehalten werden, und die Erreichung beider Ziele ist gleichermaßen notwendig.

Die ausführliche Liste der Personen, auf die Zwangsmaßnahmen medizinischer Natur angewendet werden können, wird von Art. 97 des StGB RF festgelegt. Zu der ersten Kategorie, die durch Abs. „a“ Art. 97 des StGB RF eingeführt wurde, gehören Personen in einem Zustand der Verwirrung. Man legt ein medizinisches Kriterium fest, das sich durch schmerzhafte psychische Zustände ausdrückt, und ein juristisches Kriterium, das auf ein Missverständnis der Person durch die öffentliche Gefahr und die Unfähigkeit der Person, ihre Handlungen zu leiten, hinweist.

Außerdem enthält die Liste von Personen mit psychischen Störungen, die entweder nach der Begehung eines Verbrechens aufgetreten sind und die Ernennung oder Ausführung der Strafe unmöglich gemacht haben (Abs. „b“ Art. 97 des StGB RF), oder waren bereits bei der Person, die das Verbrechen begangen hat, und schließt seine Vernunft (Abs. „b“ Teil 1 Art. 97 des StGB RF) nicht aus. In einem Fall, der von der Russischen Föderation betrachtet wird, wurde der Angeklagte, der an Homizidomanie leidet, Nekrosadismus jedoch als nicht notwendig erachtet, Zwangsmaßnahmen medizinischen Charakters anzuwenden. Aus unserer Sicht ist es offensichtlich, dass der Angeklagte mit einer solchen Liste von psychischen Störungen für die Gesellschaft gefährlich ist und eine Behandlung benötigt.

Teil 1 Art. 97 des StGB RF wurde durch den Abs. „d“ ergänzt, der die Möglichkeit der Anwendung von PMMH auf Personen mit Pädophilie festlegt. Es ist wichtig zu verstehen, dass Pädophilie kein Verbrechen ist und nicht sein kann, da es buchstäblich die Anziehung eines Erwachsenen zu Kindern eines bestimmten Alters bedeutet, aber nicht direkt mit der Begehung charakteristischer Handlungen verbunden ist.

**Chemische Kastration als PMMH**

Eine mögliche Maßnahme, die auf Personen angewendet wird, die an Pädophilie leiden, kann chemische Kastration sein. Dieses Verfahren ist die Einführung von Medikamenten, die Libido und sexuelle Aktivität reduzieren. Die chemische Kastration wird in einigen Ländern verwendet, ist aber in den meisten Fällen freiwillig und wird nur mit Zustimmung des Verurteilten (Deutschland, Dänemark, Italien, Schweden, Kanada usw.) angewendet. Obligatorische chemische Kastration wird in einigen US-Staaten durchgeführt.

Es wurde vorgeschlagen, die chemische Kastration im Strafgesetzbuch der Russischen Föderation im Jahr 2012 einzuführen, und die chemische Kastration wurde im Jahr 2020 erneut zum Diskussionsthema im russischen Parlament. Die chemische Kastration scheint eine wirksame Maßnahme gegen Pädophilie und Rückfälle von Verbrechen gegen die sexuelle Unversehrtheit von Minderjährigen zu sein. Das Verfahren sieht im Vergleich zur chirurgischen Kastration im Mittelalter menschenfreundlich und zivilisiert aus.

Andererseits, laut Art. 21 der Verfassung der Russischen Föderation gibt es ein Verbot der medizinischen Intervention ohne freiwillige Zustimmung einer Person. Darüber hinaus wurden die Auswirkungen und Nebenwirkungen der Verwendung von Medikamenten trotz der allgemeinen Reversibilität ihrer Wirkung nicht vollständig untersucht. In Bezug auf die Einführung der chemischen Kastration, wie mit allen anderen Neuerungen betreffen moralische Werte, muss die Frage nach der Bereitschaft der Gesellschaft, ihr Verhalten zu ändern, diskutiert werden.

Wir haben eine Umfrage durchgeführt, mit der Frage der Genehmigung der Einführung der chemischen Kastration als Zwangsmaßnahme medizinischer Natur. An der Umfrage nahmen 65\* Befragte teil, deren Durchschnittsalter 20 Jahre ist. Die Ergebnisse zeigen, dass der Anteil der Befürworter und Gegner der Einführung der chemischen Kastration ungefähr gleich ist – 57% bzw. 43%. Wahrscheinlich ist die obligatorische chemische Kastration eine zu radikale Maßnahme, weil sie schrittweise eingeführt werden muss.